

BVN e.V.

Bürgervereinigung Nordend e.V.

1. Vorsitzender
Thomas Seiffert

Kontaktadresse:

Friedhelm Ardelt-Theeck
Leuchte 35A

60388 Frankfurt/Main

Tel.: 06109 / 36751

Mobil: 0151-16559854

f.ardelt-theeck@molochoautobahn.de

www.molochoautobahn.de

Rechenschaftsbericht 2018

Auch im Jahr 2018 bildete der Einsatz für eine „ökologische Verkehrspolitik“ den Schwerpunkt der Vereinsarbeit der Bürgervereinigung Nordend e.V. (BVN) mit dem Ziel die Lebens- und Wohnqualität vor Ort in Frankfurt am Main und speziell im Stadtteil Nordend auch für die Zukunft zu erhalten und spürbar zu verbessern. Somit stand selbstverständlich die Verkehrspolitik in Frankfurt am Main im Fokus. Vor allem die Planfeststellungsverfahren für den Bau der Autobahnen A 66 und A 661 und die Gestaltung deren Planungen bzw. deren umweltverträgliche Einbindung in das städtische Wohnumfeld und die Naherholungsgebiete, insbesondere was den Schutz vor Lärm- und Schadstoffen und die verkehrlichen Auswirkungen anbelangt, nahmen die BVN e.V. voll in Anspruch.

Wie gewohnt arbeitete die BVN e.V. wieder mit anderen Bürgerinitiativen und Umweltverbänden zusammen. Vor allem im „Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn“ (AUA) übernahmen wieder Fachleute der BVN e.V. einen erheblichen Teil der dazu gehörenden organisatorischen Aufgaben, wie das Erstellen von Informationsmaterialien, Kontaktpflege, Pressearbeit, Besuch von Ortsbeirats- und Ausschusssitzungen des Stadtparlaments sowie Korrespondenz mit Parteien, Behörden etc. Dazu gehörten auch die Teilnahme an regelmäßigen Sitzungen und Arbeitsgruppen wie auch die Durchführung gemeinsamer Aktionen und Veranstaltungen.

Die BVN e.V. war auch weiterhin zuständig für die Betreuung, Gestaltung und regelmäßige Aktualisierung bzw. Pflege der gemeinsamen Homepage der im „Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn“ (AUA) zusammenarbeitenden Bürgerinitiativen und Umweltverbände. Auf der Website molochoautobahn.de nutzen regelmäßig Tausende von Interessenten die Möglichkeit sich über die geplanten Projekte und den jeweiligen aktuellen Stand der Verfahren und die geplanten Aktivitäten oder andere wichtige Termine zu informieren und regelmäßig Informationen über Newsletter zu erhalten.

Die BVN e.V. übernahm auch die Verantwortung für die Einladungen zu den regelmäßigen monatlichen Treffen des Aktionsbündnisses und zu anderen wichtigen Terminen wie auch jeweils die inhaltliche Abstimmung aller Beteiligten sowie die Versendung bzw. Weiterleitung von Informationen an alle Mitglieder bzw. Interessierten.

Im Jahr 2018 sind in diesem Sinne folgende Ereignisse besonders hervorzuheben:

Mitte Januar bekam die BVN schließlich das Besprechungsprotokoll des Gesprächstermins am 22.08.2017 in Hessischen Verkehrsministerium in Wiesbaden zwischen Hessen Mobil und dem HMWEVL einerseits und Bürgerinitiativenvertretern andererseits zum Bau der A 66 Riederwaldtunnel / A 661 Ostumgehung Frankfurt/M zugesandt, welches zur Abstimmung an die anderen beteiligten Bürgerinitiativen zur Kenntnis bzw. Überprüfung weitergeleitet wurde.

Noch im Dezember 2017 wurde für den 15. Januar 2018 die Offenlegung im Planänderungsverfahren A 66 Tunnel Riederwald angekündigt. Noch im Vorlauf erhielten die Bürgerinitiativen wie mit Hessen Mobil vereinbart über Ihren Rechtsanwalt Zugang zur zu Grunde gelegten aktuellen Verkehrsuntersuchung für den Bau der A 66 Tunnel Riederwald. In Abstimmung mit dem Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn und dem Rechtsanwalt beauftragte die Bürgervereinigung Nordend e.V. Mitte Januar

ein unabhängiges Planungsbüro offiziell mit der "groben Durchsicht" dieser Verkehrsuntersuchung incl. einer vorläufigen fachlichen Bewertung incl. eine Handlungsempfehlung für das weitere Vorgehen im Zusammenhang mit den anhängigen Klagen und Rechtsanträgen bzgl. der Autobahnen A 66 und A 661. Um die Überprüfung der Verkehrsuntersuchung finanzieren zu können rief die BVN zusammen mit den anderen Beteiligten über Rundschreiben und Verteilung von Spendenaufrufen die betroffene Bevölkerung zu Spenden auf. Dabei kamen mehrere Tausend Euro zusammen.

Anfang März schließlich beauftragte die Bürgervereinigung Nordend e.V. stellvertretend für das Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn in Absprache mit dem Rechtsanwalt ein Planungsbüro mit der vertiefenden Überprüfung der Verkehrsuntersuchung von 2017 für den Bau der Autobahn A 66 Tunnel Riederwald und Autobahndreieck Erlenbruch. Dabei sollten eine gutachterliche Stellungnahme sowie eine Plausibilitätsprüfung der Mikrosimulation vorgenommen und auch die darauf beruhende Lärmetechnischen wie auch die Lufthygienischen Untersuchungen begutachtet werden. Mit Hilfe des Rechtsanwalts konnte eine Teilung der Kosten incl. der bereits erfolgten Vorprüfung mit einer Wohngesellschaft im Riederwald erreicht werden. Dazu startete die BVN gemeinsam mit dem Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn einen erneuten Spendenaufruf.

Gleichzeitig erfuhren die Bürgerinitiativen aus einem Antwortschreiben einer Grünen Landtagsabgeordneten, dass für den vorgezogenen Bau der Leitungsbrücken sowie Süd- und Nordsammler und den damit verbundenen Rodungs- bzw. Baumfällungsmaßnahmen im Bereich des Erlenbruchs bzw. Teufelsbruchs bereits am 21. Februar 2017 ein Planänderungsbeschluss ohne Einbeziehung und Information der Öffentlichkeit erfolgt war. Da gegen diesen nicht geklagt wurde, erlangte er Bestandskraft. Über den Rechtsanwalt erhielt Bürgervereinigung Nordend e.V. den entsprechenden Planänderungsbeschluss und einige Zeit später aus einem Antwortschreiben von Hessen Mobil die Erkenntnis, dass es sich dabei um eine Planänderung "von unwesentlicher Bedeutung" gehandelt habe und somit auch keine öffentliche Bekanntgabe erforderlich war.

Dessen ungeachtet hatte sich die BVN zusammen mit dem Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn und der Bürgerinitiative Riederwald entschlossen, zu versuchen, doch noch Rechtsmittel gegen den Planänderungsbeschluss vom 21. Februar 2017 für Leitungsbrücken und Bau der Süd- und Nordsammler einzulegen, um die Baumaßnahmen vielleicht doch noch unterbinden und möglicherweise auf diesem Weg auch noch die bedrohten Bäume entlang des Grünzugs Erlenbruch und Teufelsbruch retten zu können. Da dies aber nach Einschätzung von Rechtsanwaltsseite mindestens 10.000 Euro an Kosten verursacht hätte, musste davon schließlich Abstand genommen werden.

Um die bedrohten Bäume zu erhalten und einen Aufschub der "Vorbereitungsarbeiten" (Bau der Leitungsbrücken ist bereits der reale Tunnelbau!) für den Tunnel Riederwald zu erreichen, rief die BVN zusammen mit dem Aktionsbündnis zur Unterstützung einer Online-Petition direkt betroffener Riederwälder Mitte Januar auf. Diese Petition mit über 1.300 Unterzeichnern für den Erhalt der Bäume und Grünanlagen im Riederwald und Teufelsbruch konnte schließlich am Donnerstag, den 18. Jan. 2018 um 17 Uhr im Haus am Dom unter Beteiligung der Bürgerinitiative Riederwald und der Bürgervereinigung Nordend e.V. dem Hessischen Verkehrsminister Tarek Al-Wazir persönlich überreicht werden. Seitens der BVN wurde dem Minister eindringlich deutlich gemacht, dass der Bau des Autobahntunnels entgegen der offiziellen Darstellung aufgrund drohender Klagen und fehlender Rechtssicherheit nicht in der vorgesehenen Form realisiert werden könne und damit - wie schon seit 2007 schrittweise der Fall - entlang der Trasse der A 66 eine einzige große Bauwüste entstünde, ohne dass das eigentliche Projekt tatsächlich begonnen werden könne.

Schließlich entschloss sich die BVN e.V. in Abstimmung mit den übrigen Initiativen spontan, sich im Namen des Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn noch mal in einem Schreiben mit ausführlicher Begründung an den Petitionsausschuss des Hessischen Landtags zu richten, mit der Bitte, die Sachlage eingehend zu prüfen und bis zu einer Entscheidung, das zuständige Hessische Verkehrsministerium und Hessen Mobil aufzufordern, alle Bautätigkeiten, insbesondere die jetzt anstehenden Rodungsarbeiten unverzüglich zu unterlassen bzw. zu unterbinden.

Über diesen Schritt wurden sofort die Landtagsfraktionen, der Hessische Verkehrsminister persönlich, Hessen Mobil sowie auch der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt am Main in Kenntnis gesetzt und darüber hinaus eine entsprechende Presseerklärung veröffentlicht. Darin rief die BVN gemeinsam mit dem Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn dazu auf, sich an der von der BI Riederwald organisierten Mahnwache zu beteiligen. Nach dem bei einem ersten Baumfällungstermin am Erlenbruch bereits im Januar - nicht zuletzt durch die Proteste betroffener Bürgerinnen und Bürger an welchem sich auch die BVN beteiligte - die Bäume noch verschont blieben, waren die Rodungen an mehreren Stellen entlang des Grünzug schließlich Ende Februar nicht mehr zu verhindern.

In einer von der BVN verfassten Presseerklärung mit dem Titel: "Grüner Straßenbauminister sägt seinen eigenen Ast ab" kritisierte das Aktionsbündnis die Schaffung vollendeter Tatsachen und die fortschreitende völlig übereilte Zerstörung der Grünzüge wie auch die Passivität seitens der Stadt Frankfurt. Insgesamt vielen diesem Vorgehen seit November des Vorjahres fast Hundert Bäume darunter eine als "Gehölz" abqualifizierte Baumreihe mit Baumstämmen von bis zu 50 cm Durchmesser.

Für den letzten Samstag im Januar organisierte die BVN im Namen des Aktionsbündnisses mit guter Resonanz einen Informationsstand auf der Berger Straße in Bornheim, um die Bevölkerung auf die offen gelegten Autobahnpläne für den Riederwaldtunnel zu informieren und Unterschriften für einen sofortigen Baustopp und die komplette Einhausung der Autobahnen A 66 und A 661 zu sammeln und darüber hinaus auf eine geplante Protestaktion vor dem Römer hinzuweisen. Zu diesem Anlass verteilten die BIs mehrere Tausend Flugblätter an die BürgerInnen im Frankfurter Osten mit den entsprechenden Forderungen und der Möglichkeit zu unterschreiben und der Bitte diese zurückzusenden.

Bei der folgenden Protestaktion am Donnerstag, den 1. Februar 2018 vor dem Römer und vor Beginn der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung überreichten die Bürgervereinigung Nordend e.V. und die anderen Initiativen aus den betroffenen Stadtteile dem Frankfurter Verkehrsdezernenten stellvertretend für den zeitlich verhinderten Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main insgesamt 1.300 Unterschriften mit der Forderung nach einem sofortigen Baustopp und einer kompletten Einhausung der Autobahnen A 66 und A 661. Der Dezernent wurde eindringlich auf die Mängel der vorliegenden Autobahnplanung aufmerksam gemacht und die Stadt zum entsprechenden Handeln und zur Aufgabe ihrer Passivität in dieser Angelegenheit aufgefordert. Dem gesamten Frankfurter Osten drohe entgegen aller beschönigenden Versprechungen nicht nur ein gigantischer Lärm- und Schadstoffteppich, dem niemand entkommen könne, sondern zu dem ein beispielloser Verkehrskollaps, der den Verkehr nicht nur auf den Autobahnen, sondern auch dem städtischen Straßennetz zum Erliegen bringen werde. Im Vorlauf dieser Aktion versandte die BVN Schreiben an den Oberbürgermeister und den Magistrat der Stadt Frankfurt bzw. alle zuständigen Dezernenten und die Fraktionen der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung und veröffentlichte eine entsprechende Pressemitteilung. Neben verschiedenen anderen Medien berichtete auch das RTL-Hessen-Fernsehen über diese Aktion.

Bereits Mitte Januar hatte die BVN wie auch die anderen BIs insbesondere über E-Mail-Verteiler Mitglieder und Interessierte über die Planoffenlegung und Einwendungsmöglichkeit im Planänderungsverfahren Autobahn A 66 Tunnel Riederwald einschl. Autobahndreieck Erlenbruch A 66/ A 661 informiert. Zwar hatten Experten der BVN noch im Februar Einsicht in die 16 Ordner umfassenden Planunterlagen genommen, doch aufgrund der geschilderten Umstände war es den Fachleuten der BVN erst im März möglich sich eingehender mit den Planänderungen auseinanderzusetzen und die betroffene Bevölkerung genauer über bestimmte Planänderungen und das Einwendungsverfahren zu informieren.

Neben einem allgemeinen einseitigem als so genanntes "Einförmiges Schreiben" bezeichnetes Einwendungsschreiben für das ein BVN-Repräsentant namentlich als rechtlicher Vertreter benannt werden musste, erstellte die BVN ein Begleitschreiben mit einem Aufruf, Einwendung zu erheben und der Bitte, den gemeinsamen Klagefond der Bürgerinitiativen zu unterstützen. Zusätzlich stellte die BVN ein Papier mit nützlichen Tipps zusammen, was bei einem Einwendungsschreiben und dem darauf folgenden Erörterungstermin beachtet werden sollte und stellte außerdem eine Liste mit Links zu den wichtigsten Unterlagen im Planänderungsverfahren A 66 Tunnel Riederwald/Autobahndreieck Erlenbruch zusammen, die im Internet eingesehen werden können. U.a. zu wichtigen Infos zum Einwendungsverfahren, zu Planänderungen bzw. zu Gutachten und Plänen insbesondere Verkehrsprognose, Lärm- und Schadstoffberechnungen. Darüber hinaus organisierte die BVN für Mitte März vor Ablauf der Einwendungsfrist noch einen weiteren Informationsstand in Bornheim, um betroffenen Bürgerinnen und Bürgern die Gelegenheit zu geben, sich über das Verfahren zu informieren bzw. noch Einwendung zu erheben. Zu diesem Anlass veröffentlichte die BVN im Namen des Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn noch eine Pressemitteilung, in welcher die Stadt Frankfurt aufgefordert wurde, klarzustellen, ob sie gegen die - aus Sicht der Bürgerinitiativen - mangelhafte Planung fristgerecht Einwendung einlegen werde. Schließlich würden trotz der nun vorgesehenen Schutzmaßnahmen laut den Berechnungen die geltenden Lärmgrenzwerte immer noch in allen betroffenen Stadtteilen teils drastisch (bis zu 2 dB(A) am Tag bzw. 7 dB(A) nachts) überschritten. Da unter anderem von einem höheren Schwerkverkehrsanteil als prognostiziert ausgegangen werden muss, ist mit noch höheren Überschreitungen und einer wesentlich höheren Anzahl direkt Betroffener Anwohner bzw. Einrichtungen auszugehen. Dazu wurde auch ein aktueller Newsletter mit entsprechenden Hinweisen verschickt.

Kaum war dies geschehen, musste die BVN feststellen, dass die Verlinkung nicht mehr funktionierte. Eine Nachfrage beim zuständigen Regierungspräsidium Darmstadt ergab, dass im Rahmen einer Ergänzung durch eine noch fehlende Unterlage zufällig eine Aktualisierung der Daten vorgenommen worden war. Nach eingehender Schilderung des seitens der BVN investierten großen Zeitaufwands der mit der Zusammenstellung der Links verbunden war, erklärte sich das RP bereit, den alten Zustand der Dateien wieder herzustellen.

Um die Bevölkerung über die Planänderung angemessen informieren zu können, wandte sich die Bürgervereinigung Nordend e.V. an Hessen Mobil mit der Bitte den Bürgerinitiativen einen Satz aktueller Pläne zum Autobahnbau zur Verfügung zu stellen. Seitens der Planungsbehörde wurde mitgeteilt, dass dies nur bei Kostenübernahme des Drucks durch eine Repro Firma in Höhe von 160 € möglich sei. Die folgende Bitte um eine kostenlose Zurverfügungstellung wurde abschlägig beschieden.

Rechtzeitig bis zum Ablauf der Einwendungsfrist am 20. März 2018 stellte das beauftragte Planungs-

büro seine Auswertungen und Kurzstellungnahmen bzgl. der Verkehrsuntersuchung sowie den dieser zu Grunde liegenden Lärm- und Schadstoffberechnungen fertig, so dass deren Resultate noch in die seitens des Rechtsanwalts im Namen der Kläger fristgerecht verfassten Einwendungsschrift einfließen konnten. Auch die Bürgervereinigung Nordend e.V. reichte fristgerecht eine eigene schriftlich Einwendung ein und stellte außerdem zahlreiche von betroffenen Bürgerinnen und Bürgern erhobene schriftliche Einwendungen der Anhörungsbehörde zu.

Zudem hatte Hessen Mobil Anfang März zu einer Informationsveranstaltung zu den aktuell anstehenden Bautätigkeiten im Zuge des Projektes A 66 Riederwaldtunnel eingeladen, um über den weiteren Verlauf des Großprojektes A 66 Riederwaldtunnel und die messtechnische Begleitung der Vorabmaßnahmen Leitungsbrücken Gleisdreieck und Borsigallee während des Baus sowie über die Beweissicherung zu informieren. Experten der BVN nahmen diese Gelegenheit zum Anlass das Vorgehen der Behörde zu kritisieren und auf die große Gefahr eines weiteren Scheiterns des Planfeststellungsverfahrens hinzuweisen.

Anlässlich der öffentlichen Bekanntgabe der Römerkoalition im Mai, sich bei der Einhausung im oberen Abschnitt der A 661 nun für die Variante L2 auszusprechen, veröffentlichte die Bürgervereinigung Nordend e.V. im Namen des Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn eine Presseerklärung, in welcher die geäußerten Absichtserklärungen für "völlig naiv und substanzlos" bewertet wurden. Darin wurde einerseits die Tatsache als skandalös kritisiert, dass ausgerechnet der Bereich der Lärmschutzgalerie Seckbach offen bleiben soll, wo es schon jetzt mit 75-80 dB (A) am allerlautesten sei und noch ca. 10 dB (A) dazu kommen würden. Andererseits wurde auf den Sachverhalt hingewiesen, dass bei einer Einhausung grundsätzlich der sechsstreifige Ausbau der Autobahn A 661 mitberücksichtigt werden müsse, was aber gar keine Rolle in der Diskussion zu spielen scheine. Die Hessenschau bat darauf hin um ein Interview, welches im Rahmen eines Berichts über die Einhausungsdiskussion gesendet wurde.

Neben der regelmäßigen Organisation und Moderation der monatlichen Treffen des Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn organisierte die BVN noch die "traditioneller Weise" jedes Jahr statt findenden Informationsstände auf dem Stadtteilstadt der Linken im Riederwald sowie dem Rotlintstraßenfest der Grünen im Nordend.

Mitte September wurde schließlich unter der Regie des Regierungspräsidium Darmstadt als Anhörungsbehörde zum Erörterungstermin im Planfeststellungsverfahren Riederwaldtunnel A 66 Tunnel Riederwald eingeladen. Im Vorfeld hatte die BVN eigens noch mal ein Flugblatt unter dem Titel "Lebensqualität im Frankfurter Osten bedroht" und mit dem Hinweis versehen, noch nachträglich Einwendung zu erheben und zum Erörterungstermin zu kommen, erstellt und noch dafür gesorgt, dass wieder ein aktueller Newsletter verschickt werden konnte.

In von der BVN für das Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn verfassten Presseerklärung "Mit vollem Karacho in den Verkehrskollaps!" empörten sich die Bürgerinitiativen über die Tatsache, dass erstmals in der Geschichte des Autobahnbaus im Frankfurter Osten der Erörterungstermin nicht in einem der betroffenen Stadtteile im Frankfurter Osten, sondern am anderen Ende Frankfurts im Bürgerhaus Griesheim stattfand und darüber hinaus erstmals nicht alle Einwender per Post persönlich dazu eingeladen wurden. Vielmehr wurden der BVN einfach ohne Kommentar ein Paket mit mehreren Hundert Personen bezogenen Erwidern auf Einwendungen "zur Kenntnisnahme" zugesandt. Bezogen auf die Planung wurde die offizielle Absicht, die mit 110.000 Kfz/24 hoch belastete 6-8 spurige Autobahn A 66 an die nur 4-spurige - schon heute überlastete - A 661 anzubinden als purer Irrsinn eingestuft und noch mal die Einschätzung des Bündnisses betont, dass weder die zu Grunde gelegte Verkehrsprognose noch die darauf basierenden Lärm- und Schadstoffberechnungen die Realität widerspiegeln würden, sondern eher den Eindruck "geschönter Gefälligkeitsgutachten" zur Rettung des Projekts vermittelten. Gleichzeitig wurde darin auch noch ein kurzfristig organisierter Info-Stand in Bornheim angekündigt, um die Bevölkerung auf den bevorstehenden Erörterungstermin aufmerksam zu machen. Darüber hinaus machte sich die BVN mit Unterstützung der anderen Initiativen die enorme Mühe allen betroffenen Einwendern ihre seitens der Behörde auf ihren persönlichen Wohnort ausgestellte Erwidern zuzustellen. Dazu wurde eigens noch kurzfristig ein entsprechendes Begleitschreiben verfasst.

Ende August reichte die Bürgervereinigung Nordend e.V. schließlich noch eine ausführliche 23-seitige und von zahlreichen Fragen und entsprechenden Anträgen begleitete und durch weitere Argumente ergänzte Einwendungsschrift an die zuständige Anhörungsbehörde RP Darmstadt nach. Diese war auch als Vorbereitung auf den anstehenden Erörterungstermin gedacht und sollte entsprechend der Bitte der BVN an die verantwortliche Planungsbehörde Hessen Mobil weitergeleitet werden. Diesem Einwendungsschreiben wurden weitere der BVN anvertraute "einförmige" Einwendungsschreiben beigefügt.

Im Vorlauf des Erörterungstermins klärte die BVN in einer Telefonkonferenz mit dem begleitenden Planungsbüro und dem Rechtsanwalt das gemeinsame Vorgehen. Darin kam man überein, neben der

Erwiderung der Behörde auf die im Namen der Kläger eingereichte Einwendungsschrift zusätzlich auch das Einwendungsschreiben der BVN durch das Planungsbüro sichten und fachlich bewerten zu lassen. Hinsichtlich der Kosten konnte wieder eine Kostenteilung mit der vom Autobahnbau direkt betroffenen Wohngesellschaft im Riederwald erzielt werden.

Die Bürgervereinigung Nordend e.V. bekam beim viertägigen Erörterungstermin einen ganzen Tag zur Verfügung gestellt und vertrat dabei auch die übergeordnete Interessen aller im Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn zusammengeschlossenen Bürgerinitiativen wie auch einige private Interessen von Bürgern, deren Vollmacht sie bekommen hatte. Unterstützt wurde die BVN bzw. das Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn dabei von dem Sachverständigen des begleitenden Planungsbüros sowie dem Rechtsanwalt. In einem Eingangsstatement machte die BVN deutlich, dass nicht die Bürgerinitiativen die lange Planungszeit von inzwischen fast 60 Jahren für die Autobahnprojekte im Frankfurter Osten zu verantworten hätten. Vielmehr werde an den von der Planung betroffenen Menschen vorbei geplant. Es sei eine Tatsache, dass ohne die Proteste der Hauseigentümer in den 60er und 70er Jahren heute eine völlig überlastete Autobahn als Hochstraße auf Pfeilern quer durch Frankfurt führen würde, ohne jeglichen Schutz vor Lärm und Schadstoffen. Die Erfahrung lehre auch, dass Schutzmaßnahmen generell erst nach langen Protesten und letztendlich Klagen gewährt werde: Alleentunnel, Seckbacher Galerie, Lärmschutzwand für das Alten- und Pflegeheim Hufelandhaus bzw. Seckbach, die Autobahn-Einhausung "Tunnel Riederwald" oder die nun vorgesehenen bzw. 6m hohen Lärmschutzwände. Darüber hinaus wurden allein seit 2001 vier Verkehrsuntersuchungen vorgelegt, weil die Planung immer nur Stückwerk bleibt. Die BVN machte vor den rund 40 Mitarbeitern von Hessen Mobil und dem Hessischen Verkehrsministeriums und den Moderatoren der Anhörungsbehörde RP Darmstadt deutlich, dass der Frankfurter Osten heute noch für städtische Verhältnisse ein großes intaktes Wohn- und Naherholungsgebiet darstelle. Heute gäbe es noch Nachtruhe. Mit dem Bau der A 66 Riederwaldtunnel und deren Anschluss an die A 661 würde der gesamte Frankfurter Osten aber von einem gigantischer Lärm- und Schadstoffteppich überzogen, dem niemand mehr entkommen könne. Vor allem Nachts würde es gegenüber heute überall unerträglich laut werden. Der Autobahnbau sei allenfalls bei einer kompletten Einhausung beider Autobahnen zu verantworten. Der Verkehr werde extrem zunehmen. Die Verkehrsuntersuchung belege, dass mit der A 66 gegenüber heute 80.000 Fahrzeuge mehr als heute durch den Frankfurter Osten fahren würden. Statt der heutigen 6.600 Lastkraftwagen dann 11.000. Vor allem aber werde durch die neue Autobahnverbindung auch auf den Einfallstraßen wie der Friedberger Landstraße und dem Ratsweg der Verkehr um 12.500 Kfz/24h auf dann 58.900 Kfz/24h und dem Ratsweg um 9.600 Kfz/24h auf dann 45.100 Kfz/24 h steigen, was angesichts des drohenden Dieselfahrverbots in Frankfurt am Main im krassen Gegensatz zur Notwendigkeit stehe, den Verkehr unbedingt reduzieren zu müssen. Frankfurt drohe zudem ein gigantischer Verkehrskollaps, wenn die hoch belasteten 6-streifige Bundesfernautobahn A 66 Wiesbaden - Frankfurt/Main - Fulda/A 7 wie offiziell vorgesehen an die nur 4-spurigen A 661 angebunden würde. In diesem Zusammenhang thematisierte die BVN auch die als Maßnahme in der Luftreinhalteplanung für Frankfurt und das Rhein-Main-Gebiet enthaltenen Pfortnerampeln u.a. an der Friedberger Landstraße und deren Konsequenzen für den von der Autobahn abfließenden Verkehr. Seitens der Planungsbehörde, wurde lapidar festgestellt, dass Autobahnabfahrten nicht "bepfortnert" werden dürften. Zudem habe die Stadt Frankfurt ihrerseits keinerlei Einwende erhoben. Entsprechend ist aus Sicht der Experten der BVN die Aussage der Verkehrsuntersuchung, die Verbindung A66/A 661 sei ausreichend leistungsfähig nicht mehr länger aufrecht zu erhalten, da das Land Hessen und die Stadt Frankfurt, um Dieselfahrverbote abwenden zu können, die Erhöhung der Zahl und Wirkung von Pfortnerampeln explizit dem Hessischen Verwaltungsgericht in Kassel als vorrangige Maßnahmen vorgeschlagen hat.

Zudem würden die Verkehrsuntersuchung wie auch die darauf beruhenden Lärm- und Schadstoffberechnungen nicht die Wahrheit sagen. So würde einfach der Ausbau der Autobahnen A 3 und A 5 im Rhein-Main-Gebiet auf jeweils 8 bzw. 10 Spuren in der Prognose für 2030 als bereits vollzogen vorausgesetzt, obwohl mit diesen Baumaßnahmen realistisch betrachtet nach Einschätzung der BVN erst nach Inbetriebnahme der neuen A 66 Riederwaldtunnel zu rechnen sei. Auch Fern- und Transitverkehr würde einfach unterschlagen. D.h. es muss von noch wesentlich größeren Verkehrsmassen ausgegangen werden. Darüber hinaus werde es ständig Kilometer lange Staus geben schon wegen der herrschenden extremen Unfallgefahr rund um das Autobahndreieck Erlenbruch und die dicht darauf folgenden Anschlussstellen mit hohem Verflechtungsverkehr. Aber weder Unfälle oder allgemeine Verkehrsbehinderungen noch Verkehrsverlagerungen durch Überlastungen und Vollsperrungen parallel verlaufender Autobahnverbindungen spielten in der Verkehrsuntersuchung mit Verweis auf das Planungsrecht eine Rolle. Entsprechend gebe es auch kein Umleitungskonzept. Es ist davon auszugehen, dass sich bei langen Staus der Autobahnverkehr täglich und auch nachts über das parallel verlaufende städtische Straßennetz ergießen und die "versprochene Entlastungswirkung" ins genaue Gegenteil verkehren werde

Die Bürgervereinigung Nordend e.V. gab abschließende zu Protokoll, dass sie die auch im Namen des Aktionsbündnisses Unmenschliche Autobahn und aller hier vertretenen Einwender alle vorgetragenen

und schriftlich geäußerten Bedenken sowie gestellten Anträgen, entgegen der allgemeinen Zurückweisung seitens der Planungsbehörde Hessen Mobil, aufrecht erhalten. Im Falle eines Planänderungsbeschlusses ohne Berücksichtigung der wesentlichen Aspekte müsse die Behörde notfalls wieder mit weiteren Klagen rechnen. Darüber hinaus wurde Hessen Mobil seitens der Anhörungsbehörde in Laufe der Erörterung auferlegt einige zur besseren Beurteilung notwendige Unterlagen nachzureichen.

Nur zwei Tage nach dem Erörterungstermin veröffentlichte die BVN eine Presseerklärung in welcher die BVN die Absicht des Frankfurter Verkehrsdezernenten begrüßte die Friedberger Landstraße auf eine Spur zu Gunsten eines durchgehenden Radfahrstreifens zu reduzieren "als ersten Schritt in die richtige Richtung". Um die Sicherheit für Fußgänger und Radfahrer zu erhöhen und gleichzeitig die Lärm- und Schadstoffbelastungen zu reduzieren, müsse nun aber auch die Anordnung für Tempo 30 folgen. Darüber hinaus wertete die BVN das vom Verwaltungsgericht verordnete Fahrverbot für Diesel-Pkws und alte Benziner in Frankfurt als logische Konsequenz der halbherzigen Handlungsweise der Stadt Frankfurt in den letzten drei Jahrzehnten. Dass der Konflikt um saubere Luft nun auf Kosten der Besitzer von manipulierten Diesel-Pkws ausgetragen werde und die betrügerische Automobilindustrie immer noch von der Politik geschützt werde sei, einfach nur skandalös.

Noch am Abend des gleichen Tages besuchten Vertreter der BVN die Sitzung des für das Nordend zuständigen Ortsbeirats 3, um diesen einerseits mit dem Ergebnis des Erörterungstermins zu konfrontieren, dass mit dem Riederwaldtunnel der Verkehr auf der Friedberger Landstraße dramatisch zunehmen werde und um sich für Verkehrsberuhigungsmaßnahmen auf dieser Straße auszusprechen. Es wurde der BVN erlaubt die vielfältigste Presseerklärung an alle Anwesenden zu verteilen.

Gemeinsam mit dem Aktionsbündnis veranstaltete die Bürgervereinigung Nordend e.V. Ende September eine Podiumsdiskussion zur Hessischen Landtagswahl 2018 unter dem Motto "Verkehrspolitik im Frankfurter Osten - Alternativen zum Autobahnbau statt Lärm, Gestank und Megastau". Die BVN hatte sich im Vorfeld um die Gestaltung des Flugblatts und des Plakats gekümmert sowie deren Verteilung organisiert. Die Diskussion mit den Kandidaten für den Frankfurter Osten der im Landtag vertretenen Parteien, die von einem ehemaligen Mitarbeiter des Hessischen Rundfunks moderiert wurde, war mit 80 Zuhörern sehr gut besucht. Die Diskussion war ein großer Erfolg, weil insgesamt sich alle Beteiligten sehr kritisch mit dem Thema Dieselskandal und drohende Fahrverbote und auch dem Autobahnbau auseinandersetzten. Erfreulicher Weise kann hervorgehoben werden, dass sich praktisch alle Diskussionsteilnehmer für eine Verkehrswende aussprachen und sich neben der Vertreterin des Aktionsbündnisses auf dem Podium auch die Vertreterinnen von SPD und Linke ausdrücklich für einen Verzicht auf den Riederwaldtunnel plädierten.

Die Podiumsdiskussion nahm die Bürgervereinigung Nordend e.V. zum Anlass den Hessischen Verkehrsminister in einem persönlichen Schreiben zu bitten, zu veranlassen, dass Hessen Mobil den Bürgerinitiativen kostenlos wenigstens einen Satz aktueller Pläne zum Autobahnbau, die dem laufenden Planänderungsverfahren zu Grunde liegen, zur Verfügung stelle, um damit die Bevölkerung im Rahmen von Informationsveranstaltungen oder Info-Ständen angemessen über die neuen Planänderungen informieren zu können. Schon am nächsten Tag kam die erfreuliche Mitteilung, dass Hessen Mobil einen vollständigen Satz aller Planänderungsunterlagen der BVN zur Verfügung stellen werde. So war es möglich bestimmte Pläne schon den Besuchern der Podiumsdiskussion zu präsentieren. In einem separaten schreiben bedankte sich die BVN auch im Namen der anderen beteiligten Bürgerinitiativen noch mal ausdrücklich gegenüber dem Ministerium und Hessen Mobil dafür, die aktuellen Pläne zum Autobahnbau wie gewünscht so kurzfristig und kostenlos zur Verfügung gestellt haben.

Ebenfalls noch im September sicherte sich die BVN die Domain "frankfurt-riederwaldtunnel.de" zusätzlich zu den bisherigen domains molochautobahn.de und moloch-autobahn.de, so dass diese künftig auf die Molochautobahn-Website weiterleiten könne.

Erst Anfang Oktober wurde schließlich Entlang der Straße Am Erlenbruch mit den Kanalbauarbeiten für den Südsammler begonnen. D.h. die drei Ende Februar gefällten Bäume hätten mindestens noch ein ganzes halbes Jahr länger stehen bleiben und Sauerstoff spenden können!

Im Oktober vereinbarte die Bürgervereinigung Nordend e.V. mit dem BUND-Ortsverein Ost auf dessen Anregung hin im kommenden Jahr eine Trassenbegehung durchzuführen, um Interessierten Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zu geben, sich ein genaues Bild von der Planung und ihren Folgen machen zu können. Es wurde schließlich noch im alten Jahr ein Termin im Frühjahr festgelegt und im Jahresprogramm des BUND veröffentlicht.

Frankfurt am Main, 31. März 2019

Thomas Seiffert (1. Vorsitzender)